

Habeck kündigt Änderungen bei der Gasumlage an – und sucht die Schuld bei Anderen

Stand: 06:27 Uhr | Lesedauer: 5 Minuten



Von **Philipp Vetter**
Wirtschaftskorrespondent

Lange hat Wirtschaftsminister Robert Habeck versucht, die Gasumlage zu verteidigen. Jetzt kündigt er doch noch Änderungen an. Schuld sollen andere sein: Unmoralisch handelnde Unternehmen und „eine Legion Juristen“.

Am Donnerstagabend wird der Druck der Opposition, aber auch aus den Reihen der Ampel-Koalition zu groß: Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) nutzt einen Auftritt beim Westfälischen Unternehmertag in Münster, um eine Kurskorrektur bei der Gasumlage (</wirtschaft/article240626817/Gasumlage-von-34-Milliarden-Euro-geht-nahezu-komplett-an-zwei-Unternehmen.html>) anzukündigen. Hatte Habeck die Umlage in den vergangenen Tagen immer wieder als quasi alternativlos verteidigt und als einzige andere Möglichkeit einen Zusammenbruch großer Teile des Energiemarktes an die Wand gemalt, soll die Verordnung zur Einführung der Umlage nun doch noch einmal geändert werden.

Habeck will den Kreis der Unternehmen verkleinern, die Ansprüche auf Geld aus der Gasumlage anmelden können. Insgesamt zwölf Unternehmen hatten sich für Finanzhilfen aus der Umlage registriert, elf wollten sie auch in Anspruch nehmen. Doch längst nicht alle berechtigten Unternehmen befinden sich in existenzieller Not. Eine Insolvenzgefahr war nicht als Bedingung in der Verordnung verankert worden.

Habeck muss Fehler eingestehen

Bis zum Donnerstagabend hatte Habeck auf Appelle gesetzt. Man hoffe, dass Unternehmen auf das Geld verzichten (</politik/deutschland/article240683163/Nach-RWE-Erklärung-Habeck-Verzicht-weiterer-Firmen-auf-Gasumlage-waere-vernuenftig.html>), die nicht unbedingt darauf angewiesen sind. Auf diese Freiwilligkeit will sich der Wirtschaftsminister nun nicht mehr verlassen. Es wird ein langer Monolog mit dem der Minister seinen ersten schweren Fehler einräumen und korrekturen und Erklärungen. An seinem Dilemma sollen andere schuld sein, vor allem seines Ministeriums ausnutzen könnten, aber auch die Juristen, die ihn falsch beraten haben.

Grundsätzlich sei man der Rechtsnorm der Gleichheit vor dem Gesetz verpflichtet. „Das ist richtig und fair und eine Legion von Juristen hat mir das so erklärt, dass es nicht anders geht“, sagt der Minister in Münster. Es folgt ein Ungetöse von einem Satz. Man merkt, wie sehr sich der Minister zugeben.

„Weil wir aber nicht wussten, das muss man ehrlicherweise sagen – und niemand wusste, dass der Gasmarkt verflochten ist, wie er im Undurchsichtigen, welche Firmen irgendwelche Ansprüche und so weiter haben, ist durch diese im Prinzip richtige Entscheidung, ein Problem entsteht dann nämlich ein paar Unternehmen reingedrängt haben, die nun wirklich viel Geld verdienen, das die Bevölkerung nicht brauchen.“

Dass sich die Unternehmen „reingedrängt“ haben, ist zumindest eine gewagte Aussage. Kein Jurist bestreitet, dass die zwölf Firmen, die Ansprüche angemeldet haben, diese dem Verordnungstext nach auch haben. Das gibt auch Habeck zu und versteigt sich zu einem seltsamen Vergleich: Die Unternehmen „haben einen Rechtsanspruch aus den genannten Gründen, die Gleichheit vor dem Gesetz“, sagt der Minister.

„Ich kriege auch Kindergeld, weil ich Kinder habe, Gleichheit vor dem Gesetz. Ob ich das Kindergeld brauchen würde, ich weiß nicht, ich würde auch so klarkommen mit dem Ministergehalt, aber es gibt eine Gleichheit, das kennen Sie, das Prinzip.“

Dann fällt ihm auf der Bühne während der Rede auf, dass das womöglich eine unglückliche Analogie (</themen/kindergeld/>) ist: „Und beim Kindergeld ist es übrigens gar nicht gleich, sondern die höheren Einkommensbezieher, das wissen Sie auch, bekommen eine Steuergutschrift oder einen Steuerfreibetrag, der noch höher ist“, sagt Habeck. „Darauf wollte ich aber gar nicht hinaus.“

„Wir schauen uns das noch mal an“

Nach all der Vorrede kommt er dann zum Punkt: „Trotzdem haben wir natürlich ein politisches Problem, das hat mir die letzten 48 Stunden den Tag ganz schön versauert“, sagt er. „Es gibt vielleicht einen juristisch berechtigten Anspruch, das werden wir uns jetzt noch mal genau angucken, ob es nicht doch einen Weg gibt, diesen berechtigten Anspruch abzuwehren.“ Habeck kündigt hier also etwas umständlich an, dass die Bundesregierung die Verordnung zur Gasumlage doch noch einmal ändern will.

Fertig ist der Minister aber mit seinen Erklärungen dieses Vorgangs noch lange nicht: „Aber es ist sicherlich nicht moralisch richtig, dass Unternehmen, die – lassen Sie mich das mal plattdeutsch sagen – ein Schweinegeld verdient haben, dann auch noch sagen: Ja, und für die paar Einnahmeausfälle, die wir haben, da bitten wir die Bevölkerung um Hilfe, die soll uns auch noch Geld geben“, sagt er. „Also, ich will damit nur sagen: Das schauen wir uns noch mal an.“

Habeck glaubt aber, dass eine solche Änderung, in der man den Anspruch beispielsweise an eine Insolvenzgefahr knüpft, nur schwer umzusetzen ist. „Es gibt allerdings eine relativ hohe Hürde, das muss ich so sagen: Wenn wir anfangen zu tricksen und es ist klageanfällig und dagegen wird garantiert geklagt werden in die eine oder andere Richtung und die Umlage fällt weg, dann fallen wir wieder zurück zu dem Problem, das wir haben: Dass ein Teil der Unternehmen und die Bürgerinnen und Bürger einen Zusammenbruch der Gasversorgung haben“, sagt Habeck.

Es ist wieder die angebliche Alternativlosigkeit, mit der er Änderungen bislang abgelehnt hat. „Das heißt: Ich bin in keiner guten Position, das muss man einfach sagen“, bedauert er sich selbst. „Ich versuche da einfach Gerechtigkeit walten zu lassen, aber ich bin vor allem verpflichtet, die Versorgungssicherheit in Deutschland aufrechtzuerhalten – for better or worse.“

Er spricht dann noch lange darüber, dass man in einer Krise wie dieser seine Werte nie ganz durchsetzen könne. Man müsse auch als Grüner dann eben neue Flüssiggasterterminals ([/politik/deutschland/plus240639373/Scholz-in-Kanada-Dann-prallt-die-Werbetour-fuer-die-gruene-Zukunft-auf-die-Realitaet.html](http://politik/deutschland/plus240639373/Scholz-in-Kanada-Dann-prallt-die-Werbetour-fuer-die-gruene-Zukunft-auf-die-Realitaet.html)) bauen und Kohlekraftwerke zurück ans Netz holen. Dann fasst er zusammen: „Ich will nur sagen: Wir gucken uns das noch mal ganz genau an, ob wir einen juristisch sicheren Weg finden, die nicht richtige Inanspruchnahme von diesen Unternehmen dort zu beenden.“



Die WELT als ePaper: Die vollständige Ausgabe steht Ihnen bereits am Vorabend zur Verfügung – so sind Sie immer hochaktuell informiert. Weitere Informationen: <http://epaper.welt.de>

Der Kurz-Link dieses Artikels lautet: <https://www.welt.de/240687507>